

Justiz – Rita Haller-Haid und Wolfgang Däubler mit Klage erfolgreich. Doch der Landesverband geht in Berufung

Friedensstreit in der SPD eskaliert

VON MARTIN ZIMMERMANN

STUTTGART/TÜBINGEN. Ausgerechnet jetzt. Mitten im Landtagswahlkampf mit einseitig stagnierenden Umfragewerten eskaliert ein juristischer Streit zwischen der SPD-Gruppe »Mehr Diplomatie wagen« und dem SPD-Landesverband um Generalsekretär Sascha Binder und Spitzenkandidat Andreas Stoch. Zu »Mehr Diplomatie wagen« zählen beispielsweise die ehemalige Tübinger Landtagsabgeordnete Rita Haller-Haid, der Dußlinger Arbeitsrechtler Wolfgang Däubler, Ehemann der ehemaligen Bundesjustizministerin Hertha Däubler-Gmelin, der Tübinger Rechtsanwalt und Aachener Friedenspreisträger Holger Rothbauer und die ehemalige Ulmer Bundestagsabgeordnete Hilde Mattheis.

Gruppe will Genossen einladen

Die Gruppe setzt sich gemeinsam mit Kanzlersohn Peter Brandt für mehr diplomatische Initiativen der Bundesregierung zur Beendigung des Ukrainekriegs und gegen eine allgemeine Aufrüstung ein. Zu ihren Veranstaltungen würde die Gruppe gerne die SPD-Mitglieder über den E-Mail-Verteiler der Partei einladen. Die Partei verweigerte dies. Nach langen Verhandlungen entschied sich die Gruppe vor knapp zwei Jahren zur Klage gegen den Landesverband.

»Nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs kann jedes Mitglied eines eingetragenen Vereins die E-Mail-Anschriften der übrigen Mitglieder verlangen, um mit ihnen in Kontakt zu treten. Voraussetzung ist ein berechtigtes Interesse, dem kein überwiegendes Gegeninteresse des Vorstands gegenüberstehen darf«, erklärt Wolfgang Däubler, einer der Kläger dem GEA. Die Zivilkammer des Landgerichts Stuttgart gab Däubler und seinen Mitstreitern recht. Die Landespartei legte jedoch beim Oberlandesgericht



Zu Veranstaltungen wie dieser 2023 im Tübinger Hirsch mit Kanzlersohn Peter Brandt wür- den Däubler und Haller-Haid gerne SPD-Mitglieder einladen.

FOTO: ZIMMERMANN

Stuttgart Berufung gegen die Entscheidung des Landgerichts ein, wie sie dem GEA bestätigte.

Diese Berufung verbitterte wiederum die Gruppe um Däubler und Haller-Haid. Diese vermuten eine Verzögerungstaktik. »Wir haben der Partei angeboten, das Urteil geheim zu halten bis nach dem Wahlkampf, wenn man uns im Gegenzug entgegengekommen wäre«, sagt Däubler. »Wir wollten eine gütliche Einigung, aber man hat uns immer wieder hingehalten«, sagt er. Auch Haller-Haid sagt, dass man viel Geduld gehabt habe und die Klage zurückgezogen hätte, wenn der Landesverband eingelenkt hätte.

Dieser begründet die Berufung mit dem Datenschutz. »Es ist jetzt zu klären, ob jedes einzelne Parteimitglied Anspruch darauf haben kann, die personenbezogenen Daten sämtlicher SPD-Mitglieder zu erhalten«, heißt es in einer schriftlichen Stellungnahme gegenüber dem GEA. Däubler und Haller-Haid betonen, dass sie zwar auf die Herausgabe der Mitgliederadressen geklagt haben, dass sie diese aber nicht auf ihrem Server haben wollen, sondern einem Provider überlassen hätten. »Es hätte ausgereicht, wenn die Landesgeschäftsstelle über ihren Verteiler zu unseren Veranstaltungen eingeladen hätte«, sagt Haller-Haid.

Sie bekomme jede Woche zahlreiche SPD-E-Mails mit Einladungen zu Veranstaltungen. Dabei sei auch nie ein Datenschutzthema aufgekommen. »Wenn die Willensbildung von oben nach unten geht, ist alles Ordnung. Aber Willensbildung von unten nach oben ist nicht erwünscht«. Für Däubler ist das Thema eine grundsätzliche Frage der innerparteilichen Demokratie. Ein nächster SPD-interner juristischer Präzedenzfall könnte beim SPD-Mitgliederbegehren gegen die Abschaffung des Bürgergelds entstehen, glaubt Däubler. Rita Haller-Haid hält es »für einen großen Fehler«, dass die SPD die Positionierung als Friedenspartei aufgibt. Sie spricht von einer Diskussionskultur, die in der Partei verloren gegangen ist. Basisdemokratie sei offensichtlich nicht gewünscht. »Wir waren mal eine offene, streitbare Partei. Ich finde, das hat uns gut gestanden«, sagt sie. Einen Generationenkonflikt innerhalb der SPD beim Friedensthema sieht Haller-Haid nicht, wohl aber beobachtet sie, dass sich karrierebewusste jüngere Sozialdemokraten von den Veranstaltungen von »Mehr Diplomatie wagen« fernhalten. Auch Däubler sagt: »Unser Kreis besteht aus Leuten, die keine Karriere mehr machen wollen«, sagt Däubler.

Spekulationen um Kliche-Behnke

In einem Artikel des Kontext-Wochenmagazins heißt es, dass auf SPD-Veranstaltungen bereits offen über eine Nachfolge von Andreas Stoch nach einem Wahldebakel spekuliert wird. Dabei wird neben der Ex-Landesvorsitzenden Leni Breymaier auch eine Doppelspitze des Karlsruher Europaabgeordneten René Repasi mit der Tübinger Landtagsabgeordneten Dorothea Kliche-Behnke genannt. Die Veranstaltungen von »Mehr Diplomatie wagen« im Tübinger Café Hirsch haben derweil so großen Zulauf, dass die Gruppe überlegt, ob sie sich nach einem größeren Saal umschauen muss. (GEA)